

Einleitung

Liebe Leserinnen und Leser,



Am 14. Oktober werden Sie, falls stimmberechtigt, mit Ihrer Stimmabgabe über die Stärke der einzelnen Parteien in der Abgeordnetenversammlung entscheiden. Mit ihrer Stimmabgabe werden Sie Einfluss auf die Regierungsbildung und auf die politischen Entscheidungen für die kommenden 5 Jahre nehmen.

Wählen Sie eine Politik, die den Interessen des gesamten Salarjats, das seiner Familien und seiner Kinder höchste Priorität beimisst.

Eine Politik, die Ihnen und Ihren Familien eine Zukunftsperspektive bietet, in der Sie sozial und beruflich abgesichert sind und die Ihre Aufstiegsmöglichkeiten festigt. Für eine Lebensqualität, die Ihren Bedürfnissen der persönlichen Selbstverwirklichung gerecht wird. Für ein gutes Leben, ohne Angst vor der Zukunft, für ein Leben in Frieden und Demokratie.

Wählen Sie eine Politik, die die sozialen Ungleichheiten verringert. Und eine Politik, die den Wandel in unserer Gesellschaft, nämlich den der zunehmenden Digitalisierung und des notwendigen ökologischen Umbruchs, so gestaltet, dass er sich nicht gegen die Bedürfnisse und Interessen der arbeitenden Menschen richtet, sondern sich im Einklang zu diesen entwickelt.

In diesem AKTUELL-DOSSIER wollen wir Ihnen einen vergleichenden Überblick über die verschiedenen programmatischen Aussagen der Parteien zu wichtigen Themenbereichen anbieten.

Wir haben uns aus Platzgründen auf zwölf aus gewerkschaftlicher Sicht zentrale Themenblöcke beschränkt; Leser, die an anderen Positionen interessiert sind, wie zum Beispiel zu Gesellschaftspolitik, Umwelt- und Klima-, Bildungspolitik¹, Flüchtlingsfrage oder Aufrüstung sind gebeten, diese in den jeweiligen Programmen nachzulesen. Es werden hierbei nur die Programme der Parteien berücksichtigt, die in allen vier Wahlbezirken antreten.

N.B. Bei einigen zentralen Themenpunkten und aus unserer Sicht besonders kritisch zu sehenden Vorschlägen haben wir bei verschiedenen Programmaussagen dieser oder jener Partei unsere Anmerkungen beigefügt. Diese sind im Text kursiv gesetzt.

Wir hoffen mit diesem AKTUELL-DOSSIER einen konstruktiven Beitrag für ihre demokratische Willensbildung geleistet zu haben.

◆ Index	S 3
◆ Mindestlohn	S 4
◆ Tarifverhandlungen	S 6
◆ Mitbestimmung im Betrieb und Sozialdialog	S 7
◆ Arbeitszeit	S 8
◆ Sicherung der beruflichen Laufbahnen	S 10
◆ Berufliche Weiterbildung	S 12
◆ Renten	S 14
◆ Krankenversicherung und Gesundheitswesen	S 16
◆ Familienleistungen	S 18
◆ Kampf gegen die Spekulation im Wohnungswesen	S 20
◆ Steuern	S 22

¹ Zu diesem Thema sei auf das Rundtischgespräch mit den politischen Parteien verwiesen, das von SEW/OGBL, FGIL und FNCTTFEL organisiert wird und am 5. Oktober im Casino syndical in Bonneweg stattfindet.

Index

Für den OGBL bildet die Verteidigung des aktuellen Systems der automatischen Anpassung der Löhne an die Inflation eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf. Der OGBL hat alle Parteien aufgefordert, sich in ihren Wahlprogrammen auf den Erhalt des Index und gegen jede neue Modulation des Indexmechanismus zu verpflichten.



Liste 1 - Piraten

Die Piraten sprechen sich für eine Deckelung des Index auf dreimal den Mindestlohn aus, dies um ein Auseinandergehen der Lohnschere zu bremsen und „damit der Index auch in Zukunft bezahlbar bleibt“.

Anm. des OGBL: Diese Argumentation verkennt, dass es sich beim Index um einen bloßen Kompensationsmechanismus der Inflation handelt. Ein gedeckelter Index, wie er vor einigen Jahren, bereits von J.-C. Juncker angedacht wurde, wäre eine strukturelle Verschlechterung und der Beginn vom Ende des luxemburgischen Indexsystems.



Liste 2 - déi Gréng

Nicht behandelt.

Anm. des OGBL: Es gibt im Wahlprogramm der Grünen also keinerlei Aussage zum Erhalt des Indexsystems oder bezüglich etwaiger neuer Manipulationen.



Liste 3 - LSAP

Die LSAP unterstreicht, dass sie „ohne Abstriche“ am automatischen Index-Mechanismus festhalten will.



Liste 4 - CSV

Die CSV betont, dass die Indexierung der Löhne und Pensionen „fester Bestandteil“ ihrer Politik ist, und sie sicherstellen

wird, dass „die Löhne und Altersbezüge weiterhin mit den Lebenshaltungskosten Schritt halten“.

Anm. des OGBL: Hier wäre klar zu stellen, ob dies etwaige neue Indexmanipulationen ausschließt oder ob die CSV sich mit dieser vagen Formulierung doch eine Hintertür offenlässt.

Liste 5 - KPL

Die KPL fordert den Erhalt des Index und die Wiedereinführung einer Vorschusstranche von 1,5%.



Liste 6 - DP

Die DP betont, dass sie am aktuellen Index-System festhalten will.



Liste 7 - ADR

Die ADR spricht sich für die integrale Anpassung von Löhnen, Renten und Kindergeld an den Index aus.



Liste 8 - déi Lénk

Die Linke will, um die Lohnentwicklung „zu dynamisieren“, den Index beibehalten und weiterentwickeln, insbesondere durch die Wiedereinführung einer Vorschusstranche. Darüber hinaus fordert sie eine europaweite Lohnindexierung.



Mindestlohn

Aufgrund der Tatsache, dass der luxemburgische Mindestlohn im Vergleich zur Entwicklung des Durchschnittslohns und den Produktivitätsgewinnen der letzten Jahre zu niedrig ist, fordert der OGBL eine strukturelle Erhöhung des Mindestlohns um 10%. Darüber hinaus fordert der OGBL die völlige Befreiung des Mindestlohns von der Einkommenssteuer.



Liste 1 – Piraten

Für die Piraten soll der Mindestlohn 20% über der nationalen Armutsrisikoschwelle (die ihrerseits bei 60% des Medianlohns festgelegt ist) liegen. Dies soll jedes Jahr im Januar neu berechnet werden. Daneben soll der Mindestlohn integral von der Einkommenssteuer befreit werden.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen verpflichten sich, den Mindestlohn zu erhöhen und regelmäßig an „die Entwicklung der Kaufkraft“ anzupassen. *Anm. des OGBL: Damit ist offenbar das Weiterbestehen der gesetzlichen Anpassung an die allgemeine Lohnentwicklung gemeint; von einer strukturellen Erhöhung ist keine Rede.* Daneben setzen sie sich für einen europäischen Mindestlohn ein, der sich jeweils „am nationalen BIP“ orientieren soll.

Anm. des OGBL: Dies wäre eine andere Formel als die z.B. vom Europäischen Gewerkschaftsbund geforderte Anpassung an die Entwicklung des Medianlohns. Die Auswirkungen auf Luxemburg eines solchen Systems sind unklar.

Liste 3 – LSAP

Die LSAP engagiert sich, „als Sofortmaßnahme“ den Mindestlohn zum 1.1.2019 um 100 € netto zu erhöhen. Darüber hinaus spricht sie sich für eine „strukturelle Anpassung des Mindestlohns an die wirtschaftliche Entwicklung“ aus, um sicherzustellen, dass „dass alle Menschen von ihrem Einkommen leben können, ohne Sozialhilfe beantragen zu müssen.“ Weiter spricht sie sich für eine zusätzliche steuerliche Entlastung der Mindestlohnempfänger aus.

LSAP

Liste 4 – CSV

Die CSV spricht sich für eine regelmäßige Anpassung des Mindestlohns an die allgemeine Lohnentwicklung aus. Darüber hinaus will sie den Mindestlohn „vor allem im Nettobereich“ nach oben anpassen. Sie spricht sich dementsprechend für einen „degressiven Steuerkredit“ für Mindestlohnbezieher aus.

CSV

Anm. des OGBL: D.h. die CSV sieht zwar Handlungsbedarf beim Mindestlohn, will diesen jedoch nicht durch eine strukturelle Erhöhung, sondern ausschließlich durch steuerliche Maßnahmen angehen.





Liste 5 – KPL

Die KPL fordert eine Erhöhung des Mindestlohns um 20% und die Befreiung der Mindestlohnempfänger von allen direkten Steuern.



Liste 6 – DP

Die DP betont, dass sie zu der vorgesehenen gesetzlichen Erhöhung des Mindestlohns steht; sie will jedoch die Auswirkungen jeder Mindestloohnerhöhung auf die Wirtschaft und die Arbeitslosenquote überprüfen. Die DP bevorzugt Maßnahmen die nicht „auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe“ gehen, darunter Mietsubventionen und unentgeltliche Kinderbetreuung.

Anm. des OGBL: Nicht nur spricht sich die DP also nicht für eine strukturelle Erhöhung aus, sie stellt sogar die bestehende regelmäßige Erhöhung des Mindestlohns in Frage.



Liste 7 – ADR

Die ADR will den Mindestlohn „im Dialog mit Gewerkschaften und Patronat“ erhöhen. Zusätzlich zu diesen Verhandlungen sollen Steuerkredite für Niedriglohnempfänger vorgesehen werden, um sicherzustellen, dass der Nettomindestlohn über dem Armutsrisiko liegt. Dieser soll dann auch in Zukunft angepasst werden, um den gleichen Abstand zwischen Mindestlohn und Armutsrisiko zu wahren.

Anm. des OGBL: Da die Diskussionen im Wirtschafts- und Sozialrat bereits gezeigt haben, dass das Patronat jegliche Erhöhung des Mindestlohns ablehnt, ist eine Einigung mit dem Patronat auf diesem Punkt illusorisch und würde zum Resultat haben, dass der Mindestlohn nicht erhöht wird.

Liste 8 – déi Lénk

deí Lénk

Die Linke spricht sich für eine „substantielle“ Erhöhung des Mindestlohns in zwei Stufen aus, die sicherstellen würde, dass der Mindestlohn über der Grenze von 60% des Medianlohns liegt. Daneben betont die Linke, dass der Zugang auf den qualifizierten Mindestlohn nach 10 Jahren garantiert werden muss. Auf EU-Ebene soll ein europäischer Mindestlohn eingeführt werden, der sich an den Lebenshaltungskosten des jeweiligen Landes orientieren und Bestandteil eines starken Sockels der Sozialrechte sein soll.

Tarifverhandlungen

Für den OGBL ist eine Reform des Kollektivvertragsgesetzes unumgänglich, um die Verhandlungsrechte der Gewerkschaften zu stärken und die kollektivvertragliche Absicherung der Arbeitnehmer auch in kleinen und mittleren Unternehmen umsetzen zu können. Daneben fordert der OGBL globale Lohnverhandlungen für den gesamten öffentlichen Sektor.



Liste 1 – Piraten

Die Tarifpolitik wird im Wahlprogramm der Piraten nicht spezifisch behandelt. Für den öffentlichen Dienst fordern die Piraten eine fünfjährige Einfrierung des globalen Gehälterbudgets auf dem Stand von 2018, dies aufgrund einer angeblichen „impliziten Staatsverschuldung“ (damit sind vor allem Rentenansprüche gemeint) von „1000%“.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen wollen eine Evaluierung und Reform des „Sozialdialogs“, die auch zum Ziel haben soll, dass „Konflikte in den Bereichen Arbeit und Lohn zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und deren Gewerkschaften geschlichtet werden können“.

Anm. des OGBL: Da eine Schlichtungsprozedur in Luxemburg bereits seit vielen Jahrzehnten existiert, bleibt unklar, worin hier der Unterschied zum bestehenden System besteht.



Liste 3 – LSAP

Die LSAP setzt sich für eine „konsequente Stärkung“ des Arbeitsrechts ein, dies auch im Sinne einer Absicherung des Streikrechts und einer Stärkung der Kollektivverträge. Die nationale Tarifpolitik soll sich am „geschaffenen Mehrwert und Produktivitätsgewinn“ orientieren. Allgemein unterstützt die LSAP die Gewerkschaften in ihren Bemühungen für eine „leistungsgerechte“ Entlohnung.



Liste 4 – CSV

Die CSV will das Kollektivvertragsgesetz von 2004 überarbeiten und an die veränderte Arbeitswelt anpassen.



Liste 5 – KPL

Die Tarifpolitik wird nicht spezifisch behandelt, allerdings sprechen sich die Kommunisten für die Anpassung der Löhne an die Produktivitätsentwicklung aus. Daneben fordern sie die Aufhebung „aller Einschränkungen“ des Streikrechts und dessen Verankerung in die Verfassung.

Liste 6 – DP

Die DP behandelt nicht spezifisch die Tarifpolitik, jedoch verlangt sie „mehr Flexibilität für innerbetriebliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Darüber hinaus will die DP das gesamte Arbeitsrecht auf seine „Zielorientierung“ überprüfen und gegebenenfalls überarbeiten, wobei unklar bleibt, welche Teile des Arbeitsrechts konkret anvisiert werden.

Anm. des OGBL: D.h. die DP will die tarifvertraglichen Verhandlungsrechte der Gewerkschaften zugunsten Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene schwächen. Es bleibt unklar, welche Teile des Arbeitsrechts die DP anvisiert und was die Zielrichtung ist, für oder gegen die Interessen des Salariats.

Liste 7 – ADR

Auch wenn die staatliche Rahmensezung gewahrt werden soll, hat für die ADR eine kollektivvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen Vorrang vor der gesetzlichen. Die diesbezüglichen Rechte der Gewerkschaften sollen gestärkt werden und das Gesetz verbessert werden, damit Arbeitnehmer und Arbeitgeber „auf Augenhöhe“ verhandeln können.

Liste 8 – déi Lénk

Die Linke tritt allgemein für eine „Stärkung der Verhandlungsmacht“ der Gewerkschaften, wobei insbesondere das Streikrecht gestärkt werden soll. Minimale Normen bezüglich Qualifikation, Erfahrung und Weiterbildung in Verbindung mit der Lohnhöhe, die aktuell über Kollektivverträge geregelt sind, sollen gesetzlich für alle Sektoren festgelegt werden. Des Weiteren wird vorgesehen, Arbeitszeitverkürzungen während einer Übergangsperiode sowie die Modalitäten der Telearbeit kollektivvertraglich zu regeln.



Mitbestimmung im Betrieb und Sozialdialog

Der OGBL tritt allgemein für eine Verbesserung der Rechte der Personaldelegationen und für eine Stärkung der Arbeitnehmervertretung in den Verwaltungsräten ein. Die Gesetzgebung muss angesichts der neuen Herausforderungen im Zuge der Digitalisierung stetig in einem fortschrittlichen Sinn modernisiert und verstärkt werden.



Liste 1 – Piraten

Das Thema wird im Wahlprogramm der Piraten nicht behandelt, mit Ausnahme vielleicht der Forderung der Abschaffung der „Zwangsmitgliedschaft“ in den Berufskammern.

Anm. des OGBL: Für die Salaratskammer wäre dies eine tiefgreifende materielle Schwächung und definitiv gegen die Interessen der Arbeitnehmerschaft.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen treten für eine Evaluierung des Gesetzes über den Sozialdialog und eine Beteiligung der Sozialpartner an der Ausarbeitung von Reformvorschlägen ein. Die Rolle des „Gesundheitsbeauftragten“ (d.h. der Sicherheitsdelegierte) in den Personaldelegationen soll gestärkt werden und die Ausbildung der Sicherheits- und Gleichheitsdelegierten verbessert werden.



Liste 3 – LSAP

Die LSAP spricht sich dafür aus die betriebliche Mitbestimmung auch in einer digitalen Welt zu „ermöglichen“ und allgemein zu verbessern.

Liste 4 – CSV

Die CSV will den Sozialdialog dynamisieren. Die Tripartite als Kriseninstrument und der Wirtschafts- und Sozialrat als Ort des permanenten Dialogs sollen erhalten und ihre Aufgaben an die Realität angepasst werden. Darüber hinaus soll die Regierung einen regelmäßigen und offenen bilateralen Dialog mit den Sozialpartnern führen. Das Delegationsgesetz soll überarbeitet werden; insbesondere sollen die Wahlergebnisse bei der Freistellung von Delegierten berücksichtigt werden.



Liste 5 – KPL

Im Kontext der Forderung einer Verstaatlichung von Großbetrieben, Banken und strategisch wichtigen Wirtschaftszweigen, fordert die KPL die demokratische Kontrolle dieser Betriebe durch eine „direkte Beteiligung der Belegschaften über ihre gewählten Betriebsräte und Gewerkschaftsorganisationen“ an der Verwaltung der Betriebe. Dies soll gewährleisten, dass strategisch wichtige Entscheidungen nicht gegen die „Interessen der Schaffenden“ getroffen werden.



Liste 6 – DP

Für die DP ist der Sozialdialog in den Betrieben ein Teil des „Erfolgsmodell Luxemburg“. Sie will die Verhandlungsrechte auf betrieblicher Ebene stärken, allerdings in Verbindung damit „allzu starre Arbeitszeitregelungen prüfen“. Daneben soll der Sozialdialog auch im öffentlichen Dienst gepflegt werden.



Vgl. unsere Anmerkungen unter Tarifpolitik und Arbeitszeit.

Liste 7 – ADR

Nicht behandelt.



Liste 8 – déi Lénk

Die Linke will eine Stärkung der legalen Rechte der Personaldelegationen, wobei aber die Möglichkeit „Abweichungen vom Gesetz auf Betriebsebene auszuhandeln“ abgeschafft werden soll. Die Personaldelegierten sollen mehr Möglichkeiten kriegen, um gegen Überwachung am Arbeitsplatz und um gegen missbräuchliche Entlassungen vorzugehen. Eine adäquate Fortbildung der Sicherheitsdelegierten soll organisiert werden. Daneben soll auch die Mitbestimmung des Personals der öffentlichen Verwaltungen verbessert werden.



Arbeitszeit

Die Vorschläge des OGBL bezüglich der Arbeitszeit und zugunsten einer besseren Vereinbarkeit zwischen Beruf und Privatleben, umfassen insgesamt Schritte in Richtung einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausfall, die 6. Urlaubswoche, eine legale Basis für den Sozialurlaub, das Recht auf freiwillige Teilzeitarbeit, Zeitsparkonten, ein Recht auf Abschalten und eine bessere Regulierung der Telearbeit.



Liste 1 – Piraten

Die Piraten wollen eine Diskussion für eine schrittweise Senkung der Arbeitszeit ohne Lohnausfall anstoßen, weil die „work-life-balance“ in Luxemburg nicht mehr ausgeglichen sei. Es sollen diesbezüglich auch Anreize für die Betriebe geschaffen werden, „innovative Konzepte“ auszuprobieren. Zur Bekämpfung des „Verkehrskollaps“ sollen, insbesondere im öffentlichen Dienst, alternative Modelle von flexibler Arbeitsgestaltung und Telearbeit gefördert werden.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen wollen ebenfalls eine Diskussion über eine allgemeine Senkung der Arbeitszeit anstoßen. Die Betriebe sollen Anreize für „innovative Arbeitszeitmodelle“ bekommen, wobei durch flexiblere Arbeitszeitgestaltung, u.a. durch ein Recht auf Telearbeit, die eine gesetzliche Grundlage bekommen soll, „Freiräume für Familie und Fürsorge“ geschaffen werden. Mit der gleichen Zielsetzung schlagen die Grünen auch weitere Verbesserungen beim Elternurlaub, beim Partnerschaftsurlaub und beim Familienurlaub vor. Ein Pflegeurlaub soll eingeführt werden und verschiedene Teilzeitmodelle im Arbeitsrecht verankert werden, wobei eine Unterstützung für die Arbeitgeber bei ihrer Umsetzung vorgesehen ist. Schließlich soll der vorliegende Gesetzesentwurf zu den Zeitsparkonten gestimmt und ein Recht auf Abschalten eingeführt werden.



Liste 3 – LSAP

Die LSAP vertritt eine gesetzliche Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Lohnverlust auf 38 Stunden. Zusätzlich soll der Jahresurlaub im Privatsektor während fünf Jahren um einen Tag erhöht werden, also schrittweise die 6. Urlaubswoche eingeführt werden. Das Recht auf Teilzeitarbeit soll verallgemeinert und an ein Recht auf Rückkehr in Vollzeitarbeit gekoppelt werden. Telearbeit soll gefördert und ein „droit à la déconnexion“ (Recht auf Abschalten) eingeführt werden. Allgemein sollen Arbeitszeitmodelle im Interesse der Arbeitnehmer und in Absprache mit Personalvertretungen und Gewerkschaften flexibler gestaltet werden. Daneben spricht sich die LSAP für Arbeitszeitkonten und „zeitgemäße Sonderurlaubsregeln“ aus.

Liste 4 – CSV



Die CSV fordert ein klares Regelwerk für die Arbeitszeitregelung, das sicherstellt, dass es keine unfreiwillige Arbeitszeitflexibilität gibt und Arbeitnehmer nicht gegen ihren Willen gezwungen werden an anderen Orten zu arbeiten. Gleitzeitregelungen sollen im gegenseitigen Einverständnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber festgelegt werden, Arbeitszeiten ordentlich erfasst und Überstunden klar definiert werden. Insgesamt sollen Arbeitszeit und Arbeitsorganisation familiengerechter und -freundlicher gestaltet werden. Das Arbeitszeitvolumen soll unverändert bleiben; die CSV wendet sich also prinzipiell gegen eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung. Zugleich soll jedoch Teilzeit gefördert werden, indem sie attraktiver gestaltet wird. Sie will den Elternurlaub weiter flexibilisieren und den Vollzeit-Elternurlaub auf 8 Monate ausdehnen.

Anm. des OGBL: Bezüglich der Gleitzeit- und die Überstundenregelungen übersieht die CSV die Tatsache, dass aufgrund des Drucks des OGBL die Überstunden im neuen PAN-Gesetz klarer definiert werden als vorher und Gleitzeitregelungen außerhalb von Kollektivverträgen nur im gegenseitigen Einverständnis von Arbeitgeber und Personaldelegation eingeführt werden können.

Liste 5 – KPL



Die KPL verlangt die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und darüber hinaus, im Kontext der Digitalisierung, die kontinuierliche Verringerung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich, um die „verbleibende gesellschaftlich notwendige Arbeit“ gleichmäßig zu verteilen. Der 8-Stunden-Tag und die 40-Stunden-Woche sollen strikt respektiert werden und Überstunden die Ausnahme sein. Jegliche Überschreitung dieser zwei Maßstäbe soll durch Zuschüsse vergütet werden und die betroffenen Arbeitgeber zu Neueinstellungen gezwungen werden. In diesem Sinne fordert die KPL die Rücknahme der Überstundenregelung und der 4-monatigen Referenzperiode, die im neuen PAN-Gesetz vorgesehen sind.

Anm. des OGBL: Auch die KPL übersieht, dass die Überstundenregelung im neuen PAN-Gesetz gegenüber der vorherigen Fassung deutlich klarer gefasst ist. Eine bloße Rücknahme des neuen Gesetzes würde also eine Rückkehr zu einem aus Arbeitnehmersicht schlechteren Text bedeuten.



Liste 6 - DP

Für die DP war die Reform des PAN-Gesetzes nicht im Sinne der Arbeitnehmer. Wie bei den Tarifverträgen fordert sie auch hier eine Schwächung der gewerkschaftlichen Verhandlungsrechte zugunsten von mehr „Flexibilität“ durch innerbetriebliche Vereinbarungen. Die aktuellen „starren“ Regeln sollen aufgelöst und durch eine jährliche Referenzperiode ersetzt werden, wobei die Höchstarbeitszeiten und die Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit nicht angetastet werden sollen. Arbeitszeitkonten sollen „generell“ eingeführt werden, wobei die genauen Modalitäten mit den Sozialpartnern verhandelt werden sollen. Telearbeit soll stärker gefördert und zugleich klarer geregelt werden, um mehr Rechtssicherheit zu schaffen. Insbesondere soll sie auf Ebene der Großregion durch Schaffung von speziellen Wirtschaftszonen bei gleichzeitigem Abbau von steuerlichen Nachteilen ausgebaut werden. Ein Elternurlaub PLUS soll eingeführt werden, der eine Verlängerung des Elternurlaubs auf 18 Monate Vollzeit bzw. 38 Monate Teilzeit vorsieht, wobei die zusätzlichen Monate nicht entgeltet werden würden. Die Sozialbeiträge sollen jedoch von der öffentlichen Hand übernommen werden.

Anm. des OGBL: Die Forderungen der DP nach mehr Flexibilität und einer jährlichen Referenzperiode sind als klarer Angriff gegen die Arbeitszeitinteressen des Salariums und gegen das Kollektivvertragswesen zu werten. Falls das neue PAN-Gesetz wirklich so arbeitnehmerfeindlich war, wieso regte sich dann gerade die Arbeitgeberseite auf? Bezüglich des Elternurlaubs ist anzumerken, dass diese Formel nur für diejenigen möglich ist, die es sich leisten können. Auch der OGBL ist für eine Verlängerung, aber es sollte darauf geachtet werden, dass dies auch für sozial schwache Familien möglich ist, also unter Beibehaltung einer finanziellen Entschädigung.

Liste 7 - ADR

Die ADR spricht sich für die 40-Stunden-Woche, also gegen eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung aus. Allerdings soll mit den Sozialpartnern über eine Erhöhung des Jahresurlaubs verhandelt werden. Sonntagsarbeit soll, auch im Handel, die strikte Ausnahme bleiben, jedoch an allen anderen Wochentagen soll die Regelung der Ladenöffnungszeiten dem Arbeitgeber eine größtmögliche Flexibilität erlauben. Des Weiteren befürwortet die ADR Arbeitszeitkonten und einen progressiven Eintritt in den Ruhestand. Auch spricht sich die ADR für ein Recht auf Abschalten aus.



Liste 8 - déi Lénk

Die Linke legt einen Plan für eine schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit vor, wobei als erster Schritt 2019 die 6. Urlaubswoche eingeführt werden soll. Ab 2019 sollen auch Wochenarbeitszeiten von 37, 38 und 39 Stunden eingeführt werden, wobei die Länge von der jeweiligen Referenzperiode und geforderten Flexibilität abhängen soll. Bis 2030 soll die Wochenarbeitszeit auf 32 Stunden reduziert werden, wobei während der Übergangszeit u.a. kollektivvertragliche Bestimmungen, Arbeitszeitkonten und Einschränkungen der erlaubten Überstunden vorgesehen sein sollen. Zusätzlich spricht sich die Linke für das Recht auf freiwillige Teilzeitarbeit mit Recht auf Rückkehr zur Vollzeit, ein Recht auf Abschalten, sowie eine bessere Reglementierung der Telearbeit, wobei Erleichterungen nur über Kollektivvertrag möglich sein sollen. Der Elternurlaub soll für jeden Elternteil um 6 Monate (Vollzeit), bzw. 12 Monate Teilzeit verlängert werden können.



Sicherung der beruflichen Laufbahnen

Vor dem Hintergrund möglicher negativer Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitsplätze, fordert der OGBL eine Stärkung des Arbeitsrechts und des Kündigungsschutzes. Der unbefristete Vertrag muss die Norm bleiben. Die Gesetzgebung zu Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen, Sozialplänen und Plänen zum Beschäftigungserhalt muss im Sinne der Arbeitnehmer verstärkt werden. Des Weiteren müssen auch die Rechte der Arbeitnehmer im Konkursfall verbessert werden.



Liste 1 – Piraten

Für die Piraten ist angesichts der Digitalisierung der Wirtschaft das Ziel der Vollbeschäftigung auf Grundlage der 40-Stunden-Woche in Zukunft „unmöglich“. Eine zentrale Forderung der Piraten ist dementsprechend die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens, das als „konsequenter Neustart“ unseres Sozialsystems bezeichnet wird. Zugleich sprechen sich die Piraten für eine Stärkung des Kündigungsschutzes nach deutschem Vorbild aus und dafür, dass die Entschädigungen für die entlassenen Arbeitnehmer erhöht werden. Interimsarbeit soll eingeschränkt werden.

Anm. des OGBL: Es wäre naiv zu glauben, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht automatisch eine Infragestellung jeglicher bestehenden sozialen Leistungen mit sich bringt. Der OGBL teilt nicht die Analyse, dass Vollbeschäftigung in Zukunft unmöglich wird und hält an der Forderung von Arbeit und einem guten Lohn für Alle fest. Ein wesentliches Mittel hierzu sind Arbeitszeitverkürzungen.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen wollen das Arbeitsrecht an neue Formen der Beschäftigungsverhältnisse in der „Plattformökonomie“ anpassen, um die Arbeitnehmer besser zu schützen. Scheinselbstständigkeit soll unterbunden werden. Sie sprechen sich für die Ausarbeitung einer Strategie mit den Sozialpartnern zugunsten einer Förderung älterer Arbeitnehmer aus und wollen die bestehenden Möglichkeiten der Arbeitsteilzeit verbessern. Sogenannte „groupements d’employeurs“ sollen eingeführt werden, die es erlauben, festeingestellte Arbeitnehmer flexibel in mehreren Betrieben einzusetzen, um schwankende Arbeitsbedürfnisse auszugleichen.

Anm. des OGBL: Wie steht es bei letztem Punkt um die Rechte der Arbeitnehmer? Gelten nur die Bedürfnisse der Betriebe?

Liste 3 – LSAP

Die LSAP tritt für eine Anpassung der arbeitsrechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen an die Digitalisierung ein. U.a. sollen Scheinselbstständigkeit und Prekarisierung von Arbeitsplätzen verhindert werden. Arbeitnehmer, die von einem Stellenabbau betroffen sind und sich umorientieren, sollen ein Übergangsgehalt bekommen. Unbefristete Arbeitsverträge sollen die Regel bleiben und das Arbeitsrecht auch im Bereich der Sozialpläne und der Maßnahmen zum Beschäftigungserhalt reformiert und gestärkt werden. Ansonsten ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eines der „Hauptziele“ der LSAP, die auch den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung verlängern will.



Liste 4 – CSV

Für die CSV bedeutet ein „Arbeitsschutz 4.0“, dass soziale Standards in der Arbeitswelt erhalten werden müssen und die maßgeblichen Bestimmungen des Arbeitsvertrags nicht ausgehöhlt werden. Selbstaussbeutung soll verhindert und bezüglich der damit verbundenen gesundheitlichen Risiken, Grenzen gezogen, Rechtsansprüche definiert und Kontrollen vorgesehen werden. Die bestehenden Wiedereingliederungsmaßnahmen sollen evaluiert und ggfs. verbessert werden. Das Gleiche gilt für die Gesetze zum „maintien dans l’emploi“. Der Schutz vom Arbeitnehmer im Fall von Konkursen soll verbessert und die betreffenden Bestimmungen in den Sozialplänen ausgebaut werden.



Liste 5 – KPL

Die KPL spricht sich für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen für gering Qualifizierte aus. Bei der Gründung neuer Betriebe muss mindestens 20% des Personals über die ADEM eingestellt werden. Leiharbeit soll verboten werden und Zeitverträge auf ein striktes Minimum reduziert werden. Nach spätestens 6 Monaten sollen Zeitverträge in unbefristete Verträge umgewandelt werden. Im Sinne einer Absicherung der Arbeitnehmer bei Konkursen soll eine nationale Auffanggesellschaft geschaffen werden.





Liste 6 - DP

Das Thema wird als solches nicht behandelt; allerdings will die DP das gesamte Arbeitsrecht auf seine „Zielorientiertheit“ überprüfen und wenn nötig abändern.

Vgl. unsere Anmerkung unter dem Punkt Tarifpolitik.



Liste 7 - ADR

Für die ADR muss der unbefristete Arbeitsvertrag die Regel bleiben und Zeitverträge wie aktuell auf bestimmte Fälle begrenzt bleiben. Die ADR spricht sich gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. Die ADEM soll gestärkt und insbesondere die eingeführte Jugendgarantie noch verbessert werden. Bestehende Beschäftigungsmaßnahmen sollen kritisch überprüft werden, ob sie wirklich zu einer dauerhaften Rückkehr in den Arbeitsmarkt geführt haben.

Liste 8 - déi Lénk

déi Lénk

Die Linke fordert ein verbürgtes Recht auf einen Arbeitsplatz, der durch das Prinzip „État employeur en dernier ressort“ garantiert werden soll. Arbeitsuchende, denen nach Ablauf der Unterstützung trotzdem keine „sinnvolle Beschäftigung“ angeboten wurde, sollen ein Wartegeld erhalten. Allgemein soll die Arbeitslosenunterstützung ausgedehnt werden, was über eine Erhöhung des Beitrags der Betriebe finanziert werden soll. Die Personaldelegationen sollen juristisch gegen missbräuchliche Entlassungen vorgehen können, und stärkere Kontrollrechte bei kollektiven Entlassungen, Sozialplänen und Plänen zum Beschäftigungserhalt erhalten. Die Rechte der Arbeitnehmer bei Konkursen sollen ebenfalls gestärkt werden.



Berufliche Weiterbildung

Ein wesentlicher Bestandteil der Sicherung der beruflichen Laufbahn ist auch die berufliche Weiterbildung, die zu einem wirklichen Grundrecht für alle Arbeitnehmer werden muss. In diesem Sinn fordert der OGBL die Reform und Erweiterung des aktuellen Bildungsurlaubs und die Schaffung eines persönlichen Bildungskontos über die gesamte Berufskarriere. Die staatliche Kofinanzierung muss erhöht werden und eine Ausbildungsabgabe eingeführt werden, um zu gewährleisten, dass die Arbeitgeber ihren Beitrag leisten. Die Ziele und Leitlinien der beruflichen Weiterbildung sollen von einem Tripartite-Gremium festgelegt werden.



Liste 1 – Piraten

Nicht behandelt.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen wollen die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Ausbildungsträgern fördern, und spezifische Konventionen für Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitssuchende vorsehen. Die Arbeitgeber sollen bei der Aus- und Weiterbildung ihres Personals, auch sprachlicher Natur, stärker unterstützt werden.



Liste 3 – LSAP

Die LSAP will die Weiterbildung und Umschulung im Kontext der Digitalisierung fördern. Als Beispiele für diesbezügliche Initiativen, die weiter ausgebaut werden sollen, werden „Fit4digital“ und „digital skills bridge“ genannt. Zu diesem Zweck soll die ADEM zu einer Agentur für Beschäftigung und Fortbildung werden und die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Aufgabenbereich des Arbeitsministers integriert werden. Frauen sollen in gleichem Maße von Weiterbildungsangeboten profitieren können wie Männer. Auch schlägt die LSAP die Einrichtung einer Akkreditierungsagentur für Fortbildungslehrgänge und Ausbilder vor. Mindestlohnempfänger sollen einen Bonus für abgeschlossene Fortbildungsmaßnahmen erhalten und insbesondere die Fortbildung von Personen mit geringer Qualifikation und niedrigem Einkommen durch die Einführung von Arbeitszeitkonten und Fortbildungsschecks gefördert werden.

Liste 4 – CSV

Die CSV will, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Parteien, ein nationales Konzept für lebenslanges Lernen umsetzen. Die bestehenden Angebote sollen mit einem staatlichen Qualitätslabel belegt und finanziell gefördert werden, wobei diese Förderung aber gezielter eingesetzt werden und die Finanzierung „wieder“ sichergestellt werden soll. Die Beschäftigten sollen mehr Anreize zur Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen erhalten. Um Geringqualifizierte im Kontext der Digitalisierung abzusichern, soll präventiv eine umfassende berufliche Weiterbildung angeboten werden, wobei insbesondere auf das Lernen mit digitalen Medien zurückgegriffen werden soll.



Liste 5 – KPL

Nicht behandelt.



Liste 6 – DP

Die DP will akkreditierte Weiterbildungsagenturen schaffen, um ein qualitativ hochwertiges Angebot zu gewährleisten. Allgemein will die DP in Zusammenarbeit mit den Berufskammern die berufliche Weiterbildung ausbauen, wobei staatliche und private Anbieter komplementäre Bildungsangebote unterbreiten können, die ggfs. ein Anrecht auf ein staatliches Diplom ermöglichen. Im Kontext der Digitalisierung spricht die DP von einer „Offensive der Weiterbildung“ und will ein „digital learning hub“ sowie „digital learning centers“ einrichten. Ein Bildungsscheck soll eingeführt werden, der es allen Arbeitnehmern erlauben soll, einen kostenfreien Einführungskurs in die digitale Arbeitswelt zu besuchen. Darüber soll das Angebot an Erwachsenenbildung, das in staatlicher Hand bleiben soll, ausgebaut und vom Bildungsministerium koordiniert werden.





Liste 7 – ADR

Die ADR unterstützt die Logik des „life long learning“. Bestehende Weiterbildungsangebote sollen beibehalten und bei Bedarf ausgebaut werden. Der Bildungsurlaub soll nicht verlängert, jedoch sollen Betriebe und Beschäftigte besser über die bestehenden Möglichkeiten informiert werden. Besonderen Wert legt die ADR auf Erlernen der luxemburgischen Sprache. Der diesbezügliche Sprachenurlaub soll auf 300 Stunden erhöht werden. Allerdings will die ADR die Erteilung einer Arbeitserlaubnis auf luxemburgischen Territorium an ein Erlernen der Nationalsprache koppeln.

Anm. des OGBL: Der letzte Punkt hätte offensichtlich dramatische Konsequenzen für den luxemburgischen Arbeitsmarkt. In dieser Forderung kommt der nationalistische und fremdenfeindliche Charakter der ADR besonders deutlich zum Vorschein.

Liste 8 – déi Lénk

Die Linke fordert ein einklagbares Recht auf eine qualitativ hochwertige Weiterbildung. Insgesamt soll mehr in Weiterbildung investiert werden, insbesondere in die Erwachsenen-Online-Weiterbildung.



Renten

Eine weitere rote Linie ist für den OGBL jeglicher Angriff auf die Leistungen und die solidarische Finanzierung der Rentenversicherung. Der OGBL spricht sich für den Erhalt des derzeitigen gesetzlichen Eintrittsalters und Vorruhestands, sowie für die vollständige Beibehaltung der periodischen Anpassung der Renten an die Lohnentwicklung aus. Die zusätzlichen Verschlechterungen, die in der Reform 2013 vorgesehen werden, sollen gestrichen werden. Falls zusätzliche Finanzierungsbedürfnisse bestehen, spricht sich der OGBL für eine Erhöhung der Beiträge und die Erschließung neuer Geldquellen aus, statt die Leistungen zu verschlechtern.



Liste 1 – Piraten

Die Piraten fordern die Anpassung der Mindestrente, um Altersarmut zu bekämpfen. Eine breite Diskussion zur „anteilsbasierten“ Rente soll angestoßen werden. Des Weiteren soll der Pensionsfonds nicht mehr in Waffen, sondern stärker in Wohnraum für sozial schwache Familien investieren.

Anm. des OGBL: Es bleibt unklar, was mit einer Diskussion über die anteilsbasierte Rente gemeint ist und bezweckt werden soll.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen wollen das solidarische Rentensystem für zukünftige Generationen durch „eine für jeden obligatorische öffentlich-rechtliche Hauptsäule“ absichern. Die Finanzierung soll nach dem „Vorsorgeprinzip“ sowohl auf der Ausgaben- als auch der Einnahmeseite regelmäßig angepasst werden.

Anm. des OGBL: Hier wäre zu präzisieren, ob déi Gréng unter Anpassungen auf der Ausgabenseite Leistungsver schlechterungen verstehen oder ob sie diese ausschließen. Bei den Einnahmen sollen als zusätzliche Finanzierungsquelle auch Beiträge auf Kapitaleinkommen erhoben werden. Rentenansprüche sollen individualisiert werden und das Prinzip von 40 Beitragsjahren beibehalten werden. Die Rentenreserven sollen effizient, sozial und ökologisch verantwortlich verwaltet werden.



Liste 3 – LSAP

Die LSAP wird an den Grundlagen des derzeitigen Systems festhalten und spricht sich gegen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters und Rentenkürzungen aus. Jedoch soll das tatsächliche Renteneintrittsalter näher an die Schwelle der 65 Jahre geführt werden. Bei Minimalrenten soll es für Härtefälle strukturelle Verbesserungen geben. Die LSAP spricht sich für das Beibehalten der Deckelung der Beträge auf 5x den Mindestlohn aus, will jedoch mittel- bis langfristig neue Finanzierungsquellen erschließen (z.B. Finanztransaktionssteuer, Robotersteuer...).

Liste 4 – CSV



Die CSV fordert eine Reform des Rentensystems, um die Renten langfristig abzusichern, wobei betont wird, dass die Rentenansprüche der aktuellen Arbeitnehmer garantiert bleiben und keine Renten gekürzt werden. Die Reform soll nach objektiver Detailanalyse und im Dialog mit den Sozialpartnern im Sinne einer „Festigung der Generationenverantwortung“ umgesetzt werden, um die heutigen „Rentenversprechen“ einzuhalten. Neue Rentenversprechen sollen nur gemacht werden, falls sie mittel- bis langfristig abgesichert sind.

Anm. des OGBL: Damit ist keineswegs ausgeschlossen, dass die CSV eine viel weitgehendere Rentenreform als 2013 anstrebt, die die Leistungen für alle zukünftigen Arbeitnehmer, also die kommenden Generationen, gegenüber dem Jetztzustand strukturell verschlechtern würde.

Liste 5 – KPL



Die KPL verlangt eine Sonderanpassung der Renten, um die Verluste während der Krisenjahre zu kompensieren. Bei Halbtagsarbeit auf Grund der Betreuung von Kindern oder bedürftigen Familienmitgliedern sollen die fehlenden Renteneinzahlungen vom Staat übernommen werden.

Liste 6 – DP



Die DP will weiterhin das Rentensystem alle 3 Jahre überprüfen, wobei sowohl Einnahmen als auch Ausgaben im Auge behalten werden sollen und ggfs. an „wichtigen Stellschrauben“ gedreht werden soll. Das Renteneintrittsalter soll bei 65 Jahren bleiben, jedoch bessere Möglichkeiten für flexibles Arbeiten im Alter geschaffen werden, um das reale Eintrittsalter näher an diese Schwelle heranzuführen. Um „die Abhängigkeit vom generationsübergreifenden Rentensystem zu verringern“, will die DP betriebliche und private Altersvorsorge stärker fördern und steuerlich entlasten. Zudem sollen die rechtlichen Hürden für das Rentensplitting beseitigt werden.

Anm. des OGBL: Die DP schließt also Leistungsver schlechterungen nicht aus. Zusätzlich vertritt die DP eine Politik der Schwächung des öffentlichen Systems zugunsten einer steuerlichen Förderung von privatkommerziellen Versicherungen.



Liste 7 – ADR

Für die ADR bedarf es kleiner Korrekturen, um das Rentensystem langfristig abzusichern. Es will mit den Sozialpartnern über eine Anpassung der Beiträge, wobei der jeweilige Anteil gleichbleiben soll, diskutieren. Das Rentenajustement soll, falls es eine Schwelle von 2x den Mindestlohn überschreitet, degressiv gekürzt werden. Es sollen weitere Studien über die nachhaltige Finanzierung des Systems durchgeführt werden, wobei auch der Impact der Digitalisierung und des Pensionsexports analysiert werden sollen. Schließlich sollen private Zusatzrenten stärker gefördert werden und der steuerliche Freibetrag von 3.200 auf 4.800€ erhöht werden.

Anm. des OGBL: Der Vorschlag zum Ajustement ist als Leistungsverschlechterung zu werten. Die Förderung privatkommerzieller Zusatzrenten bedeutet eine Schwächung des öffentlichen Rentensystems.

Liste 8 – déi Lénk

déi Lénk

Die Linke spricht sich gegen Tendenzen der Privatisierung und Entsolidarisierung aus. Sie spricht sich für eine Ausweitung der Universalität der Versicherung aus, indem auch Perioden ohne bezahlte Beschäftigung berücksichtigt werden (Studienzeit, freiwillige Arbeitsunterbrechung, Erhöhung der baby-years für jeden Elternteil auf 2 Jahre). Die Rentenreform von 2013 soll rückgängig gemacht werden, und das Rentenajustement und die Jahresendprämie wieder automatisch werden. Schließlich soll das Renteneintrittsalter für diejenigen Arbeitnehmer, die nicht von den von der Linken vorgeschlagenen Arbeitszeitverkürzungen profitieren, abgesenkt werden.



Krankenversicherung und Gesundheitswesen

Zur Gewährleistung einer optimalen Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung tritt der OGBL für die Absicherung und den Ausbau der solidarisch finanzierten Krankenversicherung ein. Er fordert weitere Verbesserungen der Leistungen der CNS, die Verallgemeinerung des Drittzahlersystems (tiers payant généralisé), die Verbesserung der Versorgung in der Notaufnahme und in den „maisons médicales“ und wendet sich gegen jegliche Infragestellung der obligatorischen Konventionierung der medizinischen Leistungen. Wir beschränken uns im Folgenden auf die wesentlichen Aussagen der Parteien zu diesen Forderungen.



Liste 1 – Piraten

Die Piraten fordern eine Ausweitung der Leistungen der Gesundheitskasse. Die Nomenklatur soll angepasst werden und die Tarifierung für den Patienten besser durchschaubar sein. Die CNS soll bereits ab dem 3. Krankheitstag integral die Lohnfortzahlung übernehmen. Die Piraten sprechen sich für den „tiers payant généralisé“ aus. Es sollen zusätzliche „maisons médicales“ sowie Sterbehospize vorgesehen werden. Ein neues Bezahlmodell für die Ärzte soll eingeführt werden, das auf einem Minutentarif basiert. Zusätzlich zur Gesundheitskasse soll auch eine „Präventionskasse“ geschaffen werden.



Liste 2 – déi Gröng

Die Grünen fordern die Rückerstattung von geprüften alternativen und präventiven Gesundheitsangeboten durch die CNS. Allgemein soll die Prävention gefördert und durch einen Gesundheitsfonds finanziert werden. Eine transparente und harmonisierte Nomenklatur für alle Arztleistungen soll eingeführt und regelmäßig angepasst werden. Auch sollen Gemeinschaftspraxen gefördert werden, die 24 Stunden am Tag geöffnet sind. Der „tiers payant généralisé“ soll schrittweise eingeführt und über die Abschaffung des 1.-Klasse-Zuschlags verhandelt werden.

Liste 3 – LSAP

Die LSAP setzen sich „als Verfechter eines starken Sozialstaats“ für einen konsequenten Ausbau der Gesundheitsversorgung aus. Das Konzept Referenzarzt soll ausgebaut und Gemeinschaftspraxen eingerichtet werden. Die „maisons médicales“ sollen in die Spitäler integriert und die Notaufnahmen entlastet werden. Allgemein sollen die Kompetenzen der Krankenhäuser gebündelt werden. Die LSAP sieht eine Reihe neuer Leistungen der CNS vor und spricht sich für den „tiers payant généralisé“ aus.



Liste 4 – CSV

Die CSV will den Leistungskatalog der CNS erweitern und die Präventivmedizin fördern. Der „tiers payant social“ soll weiter ausgedehnt und der „tiers payant généralisé“ bei Langzeiterkrankungen, chronischen Krankheiten und chirurgischen Eingriffen spielen. Die 52-Wochen-Klausel soll durch Ausnahmeregelungen ersetzt werden, die sicherstellen, dass Langzeitkranke keine Angst vor einem Arbeitsplatzverlust haben müssen. Die Notaufnahmen sollen 24 Stunden am Tag geöffnet und durch eine Ausdehnung der „maisons médicales“ entlastet werden.



Liste 5 – KPL

Die KPL fordert die Verallgemeinerung des „tiers payant“, sowie die Abschaffung der Sonderhonorare für „convenances personnelles“ sowie der Klassen und Zuschüsse in den Krankenhäusern. Die Beitragsobergrenze von 5x den Mindestlohn soll abgeschafft werden, ebenso alle Eigenbeteiligungen bei Medikamenten und medizinischen Akten. Die Arzthonorare sollen desindexiert und stark begrenzt werden. Die CNS soll eine Reihe weiterer Leistungen übernehmen. Schließlich sollen alle privaten gesundheitlichen Einrichtungen vom öffentlichen Gesundheitswesen übernommen werden.





Liste 6 – DP

Die DP will geleistete Überstunden von Sozialbeiträgen befreien. Die Verwaltung der Gesundheitskasse soll, im Sinne höherer Effizienz und Kosteneinsparungen, grundlegend reformiert werden. Der „tiers payant“ soll „ergebnisoffen“ geprüft werden und eine Reform mit AMMD, CNS und Patientenvertretung diskutiert werden. Die Not- und Bereitschaftsdienste sollen reformiert gefördert werden.

Anm. des OGBL: Die Forderung einer Befreiung der Überstunden von Sozialbeiträgen würde das Leisten von Überstunden attraktiver machen. Dies steht offensichtlich dem gleichzeitig formulierten Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie entgegen. Zudem bedeutet sie finanzielle Verluste für die öffentliche Krankenversicherung.



Liste 7 – ADR

Die ADR tritt für eine einzige, obligatorische Krankenkasse für alle Arbeitnehmer und Selbstständigen ein und fordert die Beibehaltung der Arztkonventionierung. Die ADR ist prinzipiell für den „tiers payant généralisé“, jedoch unter der Bedingung, dass dies nicht zu einer 2-Klassen-Medizin führt und zusätzliche Kosten und Belastungen für die Ärzteschaft mit sich führt. Das Netz der „maisons médicales“ soll nachts und an Wochenenden verstärkt werden, um die Notaufnahmen zu entlasten. Der Leistungskatalog der CNS soll erweitert werden. Die CNS soll weiter paritätisch geführt werden, jedoch ggfs. auch eine Vertretung der Ärzteschaft umfassen.

Liste 8 – déi Lénk

déi Lénk

Die Linke hat vor, einen nationalen Gesundheitsplan zu erstellen, der der Prävention eine hohe transversale Priorität zugesteht, und sicherstellen soll, dass alle in Luxemburg lebenden Personen gleichen Zugang zum Gesundheitssystem haben. Der „tiers payant“ soll verallgemeinert, alle Eigenbeteiligungen abgeschafft und die Beitragsgrenze von 5x den Mindestlohn aufgehoben werden. Manuelle Therapien sollen von der CNS übernommen werden. Die Notdienste sollen besser ausgestattet, die ambulanten Dienste ausgebaut und die „maisons médicales“ auf das gesamte Territorium ausgedehnt werden.



Familienleistungen

Für den OGBL ist die Anzahl von Menschen, die in Luxemburg unterhalb der Armutsgrenze leben, viel zu hoch. Aufgrund der Nichtindexierung vieler Sozialtransfers, insbesondere des Kindergelds seit 2006, wurde die Wirksamkeit der Sozialtransfers bei der Armutsbekämpfung schleichend verschlechtert. Der OGBL fordert aus diesem Grund u.a. die automatische Erhöhung der Familienleistungen an die Preis- und an die Lohnentwicklung (Index plus) sowie die Aufwertung der Teuerungszulage.



Liste 1 – Piraten

Die Piraten sprechen sich langfristig für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Einwohner aus, das auf einer negativen Einkommenssteuer aufgebaut werden soll. Hierdurch soll der Sozialstaat stark vereinfacht werden. Daneben sollen Eltern die Wahl haben, ihre Kinder in Betreuungsstrukturen oder sich den – sozial gestaffelten – Betrag der Dienstleistungsschecks ganz oder teilweise auszahlen zu lassen.

Vgl. unsere Anmerkung unter Sicherung der beruflichen Laufbahnen.



Liste 2 – déi Gréng

Nicht behandelt.



Liste 3 – LSAP

Die LSAP verpflichtet sich, das Kindergeld 2019 strukturell zu erhöhen und anschließend wieder regelmäßig an die Preisentwicklung anzupassen. Daneben will sie spezifische Hilfsmaßnahmen für Familien mit armutsgefährdeten Kindern vorsehen.

Liste 4 – CSV

Die CSV strebt eine Familienpolitik an, die die „Wahlfreiheit“ der Eltern und das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt stellt. Sie kritisiert, dass der „montant unique“ beim Kindergeld besonders kinderreiche Familien schlechter gestellt hat und will als Kompensation eine sozial gestaffelte „allocation complémentaire pour familles nombreuses“ einführen. Daneben will sie ein Alternativmodell zur abgeschafften Erziehungszulage für sozial schwache Familien einführen. Der „chèque-service accueil“ soll evaluiert und ggfs. angepasst werden. Zusätzlich soll eine kostenlose Kinderbetreuung ab 3 Jahren innerhalb der Grundschule eingeführt werden.



Liste 5 – KPL

Die KPL fordert eine Erhöhung und automatische Anpassung der Familienleistungen an Lohnentwicklung und Lebenshaltungskosten, da diese 20% ihres Werts seit 2006 verloren haben. Ebenso verlangt sie die Aufwertung der Teuerungszulage, die zuletzt 2009 angepasst wurde.



Liste 6 – DP

Die DP unterstreicht, dass sie die Zahl der Empfänger der Teuerungszulage vergrößert hat. Sie äußert sich nicht zur Frage der Anpassung der Familienleistungen, will jedoch das bestehende System der Dienstleistungsschecks abschaffen und durch ein neues ersetzen.





Liste 7 - ADR

Die ADR will die Reform des Kindergeldes von 2015 teilweise zurücknehmen und wieder ein nach Anzahl der Kinder gestaffeltes Kindergeld einführen, dies im Sinne einer „natalistischen Politik“. Das Kindergeld soll wieder indiziert werden und steuerfrei sein. Das aktuelle System der Dienstleistungsschecks soll durch ein „Elterngeld“, das den Eltern die Wahl lässt, ob sie die Kinder selber betreuen oder in Strukturen geben. Dieses wird besteuert und kann mit dem Elternurlaub kumuliert werden.

Liste 8 - déi Lénk

Die Linke fordert die Erhöhung des ersten Kindergelds von 265 € auf 330 €. Alle Kindergeldbeträge sollen überprüft und an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst werden. Ab 18 Jahren sollen alle Kinder von in Luxemburg ansässigen Personen die studieren oder in Ausbildung sind, eine „Autonomiezulage“ mit einem Grundbetrag von 4.800 €/Jahr erhalten. Der Arbeitgeberbeitrag für die Zukunftskasse soll wiedereingeführt werden.

déi Lénk



Kampf gegen die Spekulation im Wohnungswesen

Aufgrund des Angebots an verfügbarem Wohnraum und der rapiden Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt ist der Zugang zu menschenwürdigem und erschwinglichem Wohnraum in Luxemburg immer weniger gewährleistet. Für den OGBL reicht es jedoch nicht aus, das Angebot zu erhöhen, sondern die Spekulation muss aktiv eingedämmt werden. Diesbezüglich fordert der OGBL eine Preisbegrenzung für Grundstücke und die Einführung einer Zurückbehaltungssteuer auf nationaler Ebene. Daneben muss der Bau von Sozialwohnungen verstärkt gefördert, die erforderliche Schwelle für den Mietzuschuss erhöht und Maßnahmen zugunsten einer Verbesserung der Energieeffizienz vorgesehen werden, die degressiv gestaffelt sind.



Liste 1 – Piraten

Liste 1 – Piraten

Die Piraten fordern, dass der Staat stärker selbst als Bauherr aktiv wird und sozial schwachen Familien Wohnungen ab 750 €/Monat zur Verfügung stellt. Der Staat soll zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit dem Privatsektor zusammenarbeiten und ein Teil der Reserven des Pensionsfonds soll zu diesem Zweck investiert werden. Eine nationale Mietkommission mit Entscheidungsgewalt soll eingerichtet werden, um gegen Missbräuche vorzugehen. Daneben soll eine „Wohntripartite“ zur Stimulation des Wohnungsbaus stattfinden.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen wollen das Recht auf Wohnen in der Verfassung verankern. Gemeinden und öffentliche Wohnbaugesellschaften sollen vermehrt Mietwohnungen bauen, wobei die Mietpreise an das Einkommen der Mieter angepasst werden und Niedrigverdiener bevorzugt werden sollen. Es soll geprüft werden, ob staatliche Fonds vermehrt in erschwinglichen Wohnraum investieren sollen. Die Grundsteuer soll reformiert werden, wobei der reelle Wert des Bodens und seine effektive Nutzung berücksichtigt werden sollen. Des Weiteren soll die Einführung lokaler Taxen durch die nationale Gesetzgebung gefördert werden. Das Mietgesetz soll konsequenter umgesetzt und durch eine Förderung der energetischen Sanierung ohne zusätzliche Erhöhung der Mietpreise ergänzt werden.

Liste 3 – LSAP

Die LSAP fordert eine fundamentale Reform der Grundsteuer, um die Spekulation einzudämmen, wobei zugleich über eine Entlastung der Haushalte diskutiert werden soll. Zusätzlich sieht die LSAP eine nationale Spekulationssteuer auf leerstehenden Immobilien und ungenutztem Bauland vor. Eine Wertschöpfungsabgabe soll für Bauland vorgesehen werden, das unbebaut an Wert gewonnen hat. Der Rückgriff auf Grundstückenteignungen soll möglich sein, um öffentlichen Bauvorhaben Vorrang vor der Spekulation zu geben. 1.000 neue soziale Mietwohnungen sollen pro Jahr zur Verfügung gestellt werden und die Kommunen mehr Mittel zum sozialen Wohnungsbau erhalten. Die Wohnungsbauhilfen und steuerlichen Vergünstigungen sollen verbessert werden. Die LSAP spricht sich weiter für eine Mietpreisbremse aus.



Liste 4 – CSV

Die Grundsteuer soll reformiert und den heutigen Immobilienpreisen angepasst werden. Durch einen neuen „Pacte logement“ soll die Schaffung sozialer und bezahlbarer Mietwohnungen stärker gefördert werden. Unbebaute Grundstücke und leerstehende Wohnungen sollen durch eine nationale Steuer wesentlich stärker besteuert werden. Der Höchstbetrag für die Steuervergünstigung für den Erwerb einer Eigenwohnung soll erhöht werden. Daneben soll das Prinzip des Mietkaufs eingeführt werden.



Liste 5 – KPL

Um das Grundrecht auf Wohnen zu verwirklichen, will die KPL 50.000 öffentliche Mietwohnungen bauen lassen. Die Mieten sollen auf 10% des Einkommens der Mieter begrenzt werden. Ein Mietzuschuss nach Einkommen und Größe der Wohnung soll für Mieter in privaten Mietwohnungen gewährt werden. Eine jährlich wachsende Spekulationssteuer auf Wohnungen, die länger als 2 Jahre leer stehen soll eingeführt werden. Kontrollen der Mietverträge sollen vorgesehen werden, um zu verhindern, dass beim Wechsel des Mieters der Mietpreis erhöht wird. Eine Spekulationssteuer auf Bauland soll eingeführt werden. Staatliche Beihilfen für Bau oder Kauf von Eigentumswohnungen sollen erhöht und an das Einkommen gekoppelt werden.



Liste 6 - DP



Die DP wendet sich gegen „neue Enteignungsinstrumente“, wie sie von anderen Parteien gefordert würden. Dazu zählt sie auch Spekulationssteuern auf Grundstücken und unbewohnten Immobilien. Stattdessen soll auf bewährte positive Steueranreize gesetzt werden. Die Grundsteuer soll reformiert werden, wobei ein Freibetrag für Eigenwohnungen vorgesehen sein soll. Die DP spricht sich für eine Erweiterung des Bauperimeters über Baulandverträge aus. Der Pensionsfonds soll verstärkt in erschwinglichen Wohnraum investieren. Wohnungsbeihilfen sollen an die Lage auf dem Immobilienmarkt und die Inflation angepasst werden. Der superreduzierte TVA-Satz auf Altbauansanierungen soll bereits nach 10 statt wie bisher 20 Jahren angewandt werden.

Liste 7 - ADR



Für die ADR ist das Wohnungsproblem vor allem durch das maßlose Wachstum des Landes bedingt. Zunächst soll also auf verantwortliches Wachstum gesetzt werden. Die ADR will alle Kommunen dazu verpflichten, dass 5% des Wohnungsbestandes aus Sozialwohnungen besteht. Die Wohnbeihilfen sollen deutlich erhöht und an den sozialen Mindestlohn gekoppelt werden. Energienormen will die ADR vereinfachen;

die Vorgabe nur noch Passivhäuser zu bauen, wird als staatliche Gängelung abgelehnt. Der TVA-Satz für den Neubau von Mietwohnungen soll allgemein auf 3% herabgesetzt werden. Eine Ausweitung des Bauperimeters ist für die ADR kein Tabu. Das Eigentumsrecht soll geschützt werden, Zwangsmaßnahmen und übertriebene Taxen lehnt die ADR ab.

Liste 8 - déi Lénk



Die Linke will ein umfassendes Programm zum Bau öffentlicher Mietwohnungen starten und ein „service public de l'habitat“ schaffen, das u.a. auch die energetische Sanierung steuern soll. Die Investitionen des Pensionsfonds in Immobilien sollen ausschließlich in erschwinglichen Wohnraum fließen. Die staatlichen Bauträger sollen aufgestockt werden und der öffentliche Wohnungsbestand ausschließlich über Mietverhältnisse verwaltet werden. Eine Mehrwertsteuer auf die Umwandlung von Grundstücken zu Bauland soll eingeführt werden. Die Erhebung einer Gemeindesteuer auf Bauland, das seit 3 Jahren brachliegt, soll obligatorisch werden. Das Überschreiten des maximalen Mietpreises von 5% des Referenzwertes soll grundsätzlich verboten werden. Das Prinzip „Eigentum verpflichtet“ soll in der Verfassung verankert werden.



Steuern

Der OGBL hat die Steuerreform 2017 begrüßt, weil sie die Kaufkraftverluste der Vorjahre zum Teil kompensiert hat. Jedoch bleiben wesentliche Probleme: die Betriebe zahlen immer weniger Steuern, Kapitaleinkommen werden deutlich weniger besteuert als Arbeit (z.B. Stock options) und die Progressivität der Besteuerung von Privatpersonen hat an Wirksamkeit verloren. Im Sinne einer größeren Steuergerechtigkeit fordert der OGBL u.a. die Überprüfung des Höchstsatzes der Einkommenssteuer, die Anpassung des Steuersatzes an die Preisentwicklung, die Gleichbehandlung von Ansässigen und Grenzgängern sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.



Liste 1 – Piraten

Langfristig wollen die Piraten das Steuersystem durch eine negative Einkommenssteuer ersetzen. Bis dahin soll das Steuersystem radikal vereinfacht werden, mit dem Ziel, dass die Steuererklärung auf einen Bierdeckel passt. Die derzeitigen Steuerklassen 1, 1a und 2 sollen abgeschafft werden und Familien mit Kindern zusätzliche Steuerkredite erhalten. Überhaupt soll für alle Formen von Zusammenleben das gleiche Steuer- und Erbrecht gelten.



Liste 2 – déi Gréng

Die Grünen wollen die Zusammenlegung von Verheirateten und Partnern abschaffen und durch eine individuelle Grundbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag ersetzen. Die Steuervermeidungspraxis multinationaler Betriebe soll unterbunden und die Steuerbehörden personell aufgestockt werden. Bei der Besteuerung von Alleinerziehenden soll ggfs. nachgebessert werden. Die Körperschaftssteuer soll nicht weiter herabgesetzt und das Regime der „stock options“ progressiv zurückgeführt und schließlich ganz abgeschafft werden. Allgemein visieren die Grünen eine ökologische Steuerreform an, die Ressourcenverbrauch und Arbeit weniger belastet, wobei die Reform sozial ausgleichend wirken und die Gesamtsteuerlast nicht erhöhen soll.



Liste 3 – LSAP

Die LSAP will für eine gerechtere Besteuerung von Arbeit und Kapital sorgen. Die Steuerreform sieht sie als ersten, wichtigen Schritt, dem weitere folgen müssen. Der Steuerkredit für Arbeitnehmer und Rentner soll erhöht werden, mit dem Ziel den Mindestlohn von der Steuer zu befreien. Die Steuerklasse 1a soll im unteren Bereich günstiger gestaltet und näher an die Klasse 2 herangeführt werden, wobei die LSAP langfristig die Einführung der Individualbesteuerung anstrebt. Die Körperschaftssteuer soll nicht weiter herabgesetzt werden, stattdessen soll der Faktor Arbeit entlastet werden, u.a. auch durch eine stärkere Besteuerung der Produktivitätsgewinne im Zuge der Digitalisierung (z.B. Robotersteuer). Die LSAP spricht sich für eine globale Finanztransaktionssteuer aus. Die Sonderregelung für „stock options“ soll nach einer Übergangszeit ganz abgeschafft werden.

Liste 4 – CSV

Die CSV strebt eine zusätzliche Entlastung der niedrigen Löhne an. So soll der Grundfreibetrag in der Steuertabelle auf 12.000 € erhöht werden. Sofern finanzieller Spielraum besteht, soll der Mittelstandsbuckel durch eine Anpassung des Steuerkredits weiter abgeflacht werden. Die Steuerklasse 1a soll überprüft werden, wobei eine Tarifangleichung mit der Klasse 2 angestrebt wird. Das Regime der „stock options“ soll abgeschafft werden, jedoch steuerliche Begünstigungen für langfristige Beteiligungen am eigenen Unternehmen, vor allem im Bereich der „start-ups“, geschaffen werden. Die CSV wendet sich gegen eine Erbschaftssteuer in direkter Linie und gegen die Vermögenssteuer. Bei der Betriebsbesteuerung will die CSV den „taux d'affichage“ von 26% auf 20% senken, wobei aber die Berechnungsgrundlage verbreitert würde. Steuerrulings sollen auf ein Minimum beschränkt werden. Daneben befürwortet die CSV Steuererleichterungen für Risikokapital, um die Schaffung von Start-ups zu fördern.

Anm. des OGBL: Die CSV will also die Betriebe, trotz der bereits vorgenommenen Senkungen der Betriebsbesteuerung der vergangenen Jahre, noch zusätzlich entlasten. Dies bedeutet entweder eine Zunahme der Steuerlast für die Arbeitnehmer oder finanzielle Engpässe auf der Einnahmenseite für die öffentliche Hand.

Liste 5 – KPL

Die KPL will eine jährliche Anpassung der Steuertabelle an die Lebenshaltungskosten durchsetzen. Die Steuerprogression soll durch die Streckung der einzelnen Steuerstufen abgeflacht werden, zugleich mehrere zusätzliche Steuerstufen für hohe und sehr hohe Einkommen vorgesehen werden. Der Spitzensteuersatz soll auf 56% angehoben werden. Die Steuerklasse 1a soll abgeschafft und die Betroffenen in die Klasse 2 kommen. Die Vermögenssteuer soll wiedereingeführt und die Körperschaftssteuer für mittlere und Großbetriebe erhöht werden. Kapitaleinkünfte sollen allgemein stärker besteuert werden, ebenso Investmentfonds. Die KPL befürwortet eine Steuer auf allen Börsentransaktionen. Steuerrulings sollen abgeschafft und Steuerhinterziehung, -betrug und Geldwäsche konsequent bekämpft werden.





Liste 6 - DP

Die DP will die Mittelschichten und Familien zusätzlich entlasten. Die eingeführte optionale individuelle Besteuerung soll schrittweise verallgemeinert werden, um mittelfristig ein „neutrales“ Steuersystem einzuführen. Statt Ehe und Partnerschaft sollen Steuervorteile an das Vorhandensein von Kindern gekoppelt sein. Die DP spricht sich gegen eine Erbschaftssteuer in direkter Linie aus. Auf EU-Ebene soll ein „fairer Steuerwettbewerb“ zugelassen werden, und keine Digital- oder Finanztransaktionssteuern eingeführt werden. Der Wirtschaftsstandort Luxemburg soll steuerlich attraktiv bleiben und kleine und mittlere Unternehmen zusätzlich entlastet werden. Investitionen in start-ups sollen steuerlich begünstigt werden.

Anm. des OGBL: Die DP will also noch zusätzliche Entlastungen für kleine und mittlere Unternehmen. Hier gilt der gleiche Kommentar wie bei der CSV.



Liste 7 - ADR

Die ADR wendet sich gegen jegliche weitere Erhöhung von Steuern und Taxen, insbesondere Konsumsteuern, die eine Änderung der Konsumgewohnheiten bezwecken sollen. Die Steuertabelle soll regelmäßig an die Inflation angepasst werden, wobei die niedrigste Stufe zusätzlich an die Entwicklung des Mindestlohns angepasst werden. Die Steuerklasse 1a soll abgeschafft werden. Die ADR will zusätzlich die Steuerkredite erhöhen, um Niedriglohnempfänger zu entlasten. Das Regime der „stock options“ soll auf mögliche Missbräuche überprüft werden. Die ADR wendet sich gegen eine Erbschaftssteuer in direkter Linie und gegen eine Erhöhung der Erbschaftssteuer. Bei der Betriebsbesteuerung soll nach dem Prinzip „Priorität für luxemburgische Betriebe“ bei allen internationalen Verhandlungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der luxemburgischen Betriebe gepocht werden. Insgesamt soll jedoch darauf geachtet werden, nicht noch mehr „ausländische“ Betriebe anzuziehen, die das Wachstum weiter anheizen. Allgemein soll das Steueraufkommen seitens der Betriebe stabil bleiben.

Liste 8 - déi Lénk

déi Lénk

Die Linke fordert eine stärkere Besteuerung der Betriebe durch eine Erhöhung der Steuersätze und der Bemessungsgrundlage. Die Besteuerung von Kapital- und Immobilieneinkommen soll schrittweise der Besteuerung von Arbeitseinkommen gleichgestellt werden. Bestehende Sonderregime, z.B. die „stock options“, würden abgeschafft. Die Progressivität der Steuertabelle soll bei niedrigen Einkommen entschärft und bei hohen Einkommen verstärkt werden, wobei der Spitzensteuersatz auf 48% erhöht werden soll. Die Steuertabelle soll automatisch an die Inflation angepasst und die einzelnen Steuertabellen zu einer einzigen zusammengelegt werden, wobei die Zusammensetzung der Haushalte über Verbrauchereinheiten gewichtet werden soll. Die Vermögenssteuer soll wiedereingeführt und eine Debatte über eine Erbschaftssteuer in direkter Linie geführt werden. Im Sinne einer ökologischen Besteuerung will die Linke für alle Betriebe eine direkte Ökosteuer nach dem Bonus-Malus-Prinzip einführen und hohe Schadstoffemissionen stärker besteuern. International wendet sich die Linke gegen Steuerdumping, -konkurrenz und -flucht und fordert eine europäische Finanztransaktionssteuer.





OGBL



Mir maachen Zukunft.
Constructeur d'avenir.



www.facebook.com/ogbl.lu



twitter.com/OGBL_Luxembourg

www.ogbl.lu